

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Fringslohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—, erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 214.

Dresden, Montag den 15. September 1913.

24. Jahrg.

Ein Jungdeutschlandführer wurde in Danzig wegen Sittlichkeitsvergehens verhaftet.

Wegen Differenzen um Gewerbe hat die griechisch-serbische Grenzkommission ihre Tätigkeit eingestellt.

China hat die japanischen Forderungen anerkannt.

In Mexiko kam es zu einem verlustreichen Kampfe zwischen Rebellen und Bundesstruppen.

Die zu der Tongruppe gehörigen Inseln Falcon und Hope sind infolge vulkanischer Erschütterungen verschwunden.

Nochmals zur Steuerfrage.

Genosse Wurm polemisiert im Vorwärts ziemlich heftig gegen meine Bemerkungen zu seinen Leitfragen. Er aber zugleich mit seinen „Leitfragen“ auch die Motive und den Gesichtspunkt klar gemacht, von dem aus er die Steuerfrage behandelt wird, so hätte er damit einen Teil meiner Ausführungen überflüssig gemacht. Jetzt unterstreicht Wurm selber, daß für uns bei der Beurteilung der Steuerfragen das wirtschaftliche Moment von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das ist es eben, was ich in den Leitfragen früher bemerkt habe. Da, wie es sich nun erweist, in dieser Beziehung zwischen mir und Wurm keine Meinungsverschiedenheit mehr besteht, so hätte ich auf die folgenden Ausführungen gern verzichtet, wenn mir nicht einige Stellen der Leitfrage zur Steuerfrage im Widerspruch zu diesem Gesichtspunkte zu stehen kämen.

Zunächst vermissen wir eine Unterscheidung zwischen den Steuern, die den Profit und denen, die die anderen Einnahmestellen der herrschenden Klassen treffen. Man kann mit Forderung der Ansicht sein, daß es für die Kapitalakkumulation gerade gleichgültig ist, ob der Profit oder die Rente belastet werden. Ich stimme dem nicht zu. Die Lebens- und Wirtschaftsweise der Agrarier unterscheidet sich kapitalistisch geworden, immer noch von der der Masse der kapitalistischen Unternehmer. Abgesehen davon bedeutet ein Ansteigen der Grundrente ein Hindernis für die Entwicklung sowohl der Agrikultur, indem die hohen Bodenpreise den landwirtschaftlichen Fortschritt erschweren, als auch indirekt für die Industrie, indem sie einen Abfluß des Kapitals nach dem platten Lande verursacht, die Nachfrage nach Maschinen vermindert, die Verschulden und Proletarisierung der Bauernschaft hervorruft und damit den inneren Markt einengt usw. Die Steuern auf die Grundrente, ja selbst die völlige Konfiskation derselben läge also im Interesse der kapitalistischen Entwicklung. Von der politischen Bedeutung solcher Steuern gerade in Preußen-Deutschland, wo die Agrarier gewohnt sind, Viebesgaben zu erhalten statt dem Staate selbst zu zahlen, schon gar nicht zu sprechen. Man verzeihe mir nicht, daß die jetzt so rasch ansteigende Grundrente auch die politische Macht des Junkertums stärkt.

Das gleiche läßt sich von einer Kartellrentensteuer sagen. Genosse Wurm will den Begriff Kartellrente überhaupt nicht gelten lassen, weil die Kartellrente einen Teil des Profits (richtiger des Mehrwerts) bildet; als ob die Grundrente und der Zins nicht ebenfalls Teile des Mehrwerts wären, zumal der Zins ein direkter Abzug vom Kapitalprofit ist. Außerdem setzt sich die Kapitalrente auch aus Teilen der Grund- und Zinsrenten zusammen. Aus der Kartellrente der vereinigten Milchproduzenten wird sich die Grundrente ebenso wenig wie die Zinsrente aus der Rente der Kohlenbarone ausschließen lassen. Ob diese Kartellrente ganz auf Kosten des Profits oder auf Kosten der Grundrente und der Zinsrente der nichtkartellierten Produzenten oder auf Kosten des Händlerprofits entsteht, ist weniger wichtig für die Beurteilung der Frage der Steuern. Tatsache ist, daß ein gewisser Teil der herrschenden Klassen sich eine von den übrigen Einnahmequellen absonderte, zu ihnen in einem gewissen Gegensatz stehende Einnahmequelle geschaffen hat, die nicht nur einen dauernden Charakter hat, sondern auch mit der Zeit stark und rasch steigt. Dabei hat die Kartellrente mit der Grundrente viel Ähnliches, vor allem hindert auch sie die Entwicklung der Produktivkräfte, befestigt erst recht das Monopol des Großkapitals, stärkt seine politische und soziale Macht. Was können wir gegen eine stärkere Veranschlagung dieser wegzijischen Einnahmequelle zur Ertragung der Staatslast eigentlich haben?

Wurm will aber keine Sondersteuern. Als ob die Grund-, Gewerbe- und verschiedene andere Steuern nicht Sondersteuern wären! Wurm hat nicht bemerkt, daß er selbst die Forderung der einzigen Einkommensteuer aufgegeben hat. Fast alle anderen Steuern sind in gewissen Sinne Sondersteuern. Dabei belastet eine Kartellrentensteuer nicht das „mobile Kapital“, sondern die „immobiliäre Rente“. Davon abgesehen, habe auch ich keine Sondersteuer empfohlen, sondern die entsprechende Ausbildung der Vermögens- und Einkommensteuer. Wir fordern eine progressive Abstufung der Besitzsteuern. Nun meine ich, daß heute eine einfache mathematische Progression unzureichend ist, daß vielmehr eine verbesserte Progression vorgenommen

werden müsse, die das hohe Einkommen aus relativ geringererem Vermögen, also den Monopolprofit, stärker belastet als das ebenfalls hohe Einkommen, das aber einem größeren Vermögen entspricht. Die gewöhnliche Progression geht von der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Person aus; wir haben aber nicht diese, sondern die wirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen. Die „ethische“ Finanzwissenschaft stellt an die Person des Staatsbürgers die Forderung der Steuerzahlung nach der Leistungsfähigkeit; wir wollen aber, daß die Staatswirtschaft vor allem der Volkswirtschaft keine Steine in den Weg legt. Wurm glaubt, ich suche in der Kartellrentensteuer ein Stumpfmittel gegen die Kartelle. Nichts war mir ferner als dies. Ich gehe bei meinen Steuerüberlegungen bloß vom Gesichtspunkte der Entwicklung der Produktivkräfte aus und suche für den Staat solche Steuerquellen, die der Volkswirtschaft am wenigsten schaden können. Nun meint aber Wurm, daß wir durch solche Differenzierung der Steuern Einzelbetriebe belasten, die „kraft ihres Kapitals und ihrer Patente einen im Verhältnis zum Anlagekapital überproportionalen Profit einheimen“. Sind Monopolprofite auf Grund des „Kapitals oder der Patente“ keine Monopolprofite? Warum Wurm sich so fürchtet, einem Krupp u. a. Unternehmungen (der Linke-Hoffmannschen Gesellschaft, der Deutschen Gold- und Silberseidenanstalt, der Auer-Gesellschaft usw., die außerordentlich hohe Monopolgewinne haben) ein paar Groschen mehr für den Staat, der ihnen doch zum Teil diese Monopolgewinne verschafft und sichert, zahlen zu lassen, ist mir geradezu unbegreiflich. Ich bleibe also bei meinem Vorschlag einer vereinfachten Differenzierung der Steuerhöhe, damit der „unverdiente“ Monopolgewinn schärfer herangezogen werden kann.

Auf weitere Einzelheiten möchte ich nicht eingehen, bemerke nur, daß es ein Unterschied ist, ob man die Bedeutung der einzelnen Steuern von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen aus bewertet oder ob man den „örtlichen“ und „konjunkturellen“ Verhältnissen die entscheidende Bedeutung zuschreibt. In diesem letzten Falle sind eigentlich keine Richtlinien gegeben. Denn in jedem Einzelfalle wird dann die Stellung unserer Fraktionen zu den einzelnen Steuerarten vor sich liegen ausfallen, je nachdem, wie sie die Konjunktur- und örtlichen Verhältnisse auffassen. Dagegen meine ich, daß man allgemeine Regeln für die einzelnen Steuern in der jetzigen spätkapitalistischen Epoche aufstellen kann. So sehe ich auch nicht ein, wie die Wertzuwachssteuer heute übermäßig werden kann. Wurm hat sich von den nächsten Fallstricken über die Grund- und Gewerbesteuern noch nicht ganz befreit.

Ferner möchte ich nochmals bemerken, daß unsere Forderung für das Reich eine Vermögens-, aber keine Einkommensteuer sein darf. Wir werden es kaum erreichen, daß bei einer Einkommensteuer die steuerfreie Grenze so hoch festgesetzt wird, daß der Arbeitslohn steuerfrei bleibt. Eine Einkommensteuer belastet ferner den Kapitalprofit stärker als die Grundrente und den Zins. Denn auf dem Lande ist das Einkommen schwerer festzustellen und der Rentner kann sein Einkommen leicht verbergen. Tagelang ist eine progressive Einkommensteuer auf der Grundlage des Vermögens mit einer, wie wir vorschlagen, Differenzierung eine den modernen Verhältnissen am besten angepaßte Steuer.

Der Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Entwicklung tritt in der Resolution Wurm auch nicht deutlich genug hervor, wird vielmehr durch den Gesichtspunkt des reinen Arbeit in den Schatten gestellt. Ich kann es nicht als richtig finden, daß die Fraktion immer für direkte Besitzsteuern eintritt, wenn sie dadurch die Einführung indirekter verhindert. Es muß vielmehr vom Charakter der indirekten Steuern selber abhängen und vor allem von der politischen Gesamtsituation, womit auch Wurm einverstanden zu sein scheint. Nur im Falle eines bedeutenden finanzwirtschaftlichen oder politischen Sieges können und sollen wir unsere Zustimmung zu Steuern geben, die die Ausgaben für militärische und ähnliche Zwecke decken. Ob aber eine Vermögenszuwachssteuer mit Viebesgaben an die Agrarier oder irgendeine Stempel- und ähnliche Steuer eingeführt wird, das bleibt sich schließlich im Schlußeffekt gleich. Vor allem, das möchten wir nochmals betonen, müssen wir den Kampf auch gegen direkte Besitzsteuern führen, sobald sie für wirtschaftlich schädliche Zwecke verwendet werden...

Der Parteitag in Jena.

Jena, 14. August.

Der Parteitag wurde heute abend bei massenhafter Beteiligung im Volkshaus eröffnet. Der Saal ist prallvoll besetzt. Unter der Führung des Mannes im Grünen die Obliste Bebel wurde die Tagesordnung abgelesen. Die Rückwärtsschritt 1883/1913 erinnert an das fünfzigjährige Gründungsjubiläum der Partei. Eine Anzahl Ausschüsse nennen blühende internationale Kongresse. Von der Eisenbahn führt der alte Kampfplatz: Proletariat aller Länder, vereinigt euch! Über 800 Delegierte und eine Anzahl weiterer Teilnehmer sind zugegen. Unter Wirkung des Stadtdirektors singen Arbeiterlieder und Sängerinnen. Nach der Hymne aus der Zaubersprüche und Kläffers gemaltige Komposition des Weiserischen Gedichtes Die Hundertjährigen, dann begrüßt Leber

namens der Jenaer Genossen den Parteitag. Er verweist auf das erfreuliche Anwachsen der Arbeiterbewegung in Jena, wo das Stadtparlament zur Hälfte sozialdemokratisch ist. Wir haben Schulreformen, Steuerreformen und Forderung des Kleinwohnungsbaues durchgeführt, aber die reaktionäre Regierung widersteht manchen notwendigen Reformen. Der Redner schließt mit Worten des Schmerzes, daß Bebel nicht auch diesen Jenaer Parteitag eröffnen kann. (Bewegung und Beifall.) Wolkensburger stellt fest, daß der Parteitag nicht mit Jena außerordentlich zufrieden gewesen ist, so daß die Jenaer bestreben müssen, daß die Parteileitung später immer wieder, wie ein alter Pastor in Reuters „Hanne Wille“ sagt: „Ich würde doch nach Jena gehen“. (Weiterer Beifall.) Die beiden früheren Jenaer Parteitage wurden von Bebel eröffnet. (Alle Anwesenden erheben sich.) Wir alle glaubten und hoffen, daß er auch diesmal den Parteitag eröffnen werde. Er rüffte sich zur Reife, da kam die für alle kämpfenden Proletarier des Erdenrunds schmerzhafteste Nachricht von seinem Tod. Die Arbeiterklasse der ganzen Welt trauerte, selbst aus Gefängnissen des blutdürstigen Jarrismus kamen Totenküßler. Wenn Leute, die Bebel nie gesehen und seine Sprache nicht verstanden, so trauerten, um wieviel mehr erst wir, die wir ihn in unserer Mitte gehabt. Wir wissen, was wir an ihm verloren, wir waren fortgerissen, wenn er uns anwesend, wir hatten ihn täglich als Ratgeber in unserer Mitte. Kein Lebender ist in der Lage, Bebel's Bedeutung für die Sozialdemokratie voll zu würdigen, das bleibt Geschichtsschreibern vorbehalten. Ich kann nur lose Blätter aus Bebel's reichem Nachlaß vorhalten. Den Namen unsterblicher Vorkämpfer wie Lassalle, Marx und Engels können wir Bebel zur Seite stellen. Sein Feld war nicht die Studierstube, sondern der politische Kampfplatz, die Rednertribüne. Er war der bedeutendste Taktiker des proletarischen Kampfes; er hat bewirkt, daß aus einer kleinen Sekte eine große Partei wurde, die eine hegemoniale Taktik befolgt. Bebel hat zuerst den Parlamentarismus als proletarisches Kampfmittel angewandt, er hat die beiden kapitalistischen Ausbeutung erjahnen. Die selten ein Mensch glaubte er an den Sieg des Proletariats. Sodann feierte Wolkensburger Bebel's seltsame Verehrtheit, die ihn befähigte, mit aller Kraft auf die sozialistische Gesellschaft hinzuwirken, die er aber auch stets in den Dienst praktischer Sozialreformen stellte. Der Redner verweist auf Bebel's heldenhafte Haltung gegenüber der Kriegsanleihe von 1870 und der Partier Kommune, auf sein entschiedenes Eintreten für die Gotthard Parteieinigung von 1875, auf sein Buch Die Frau und der Sozialismus, auf seine glänzenden Agitationschriften, auf seine unermüdete Tätigkeit unter dem Schandenspiegel, auf seinen Kampf gegen Volksgewalt, Militarismus und Monarchieverfall, und auf sein Wirken auf den internationalen Kongressen. Gegenüber den gegnerischen Behauptungen stellt Wolkensburger an Bebel's jahrzehntelangen Wirken fest, daß seine Entwürfe im Parlament nicht bloße Agitation, sondern inhaltreiche Realpolitik waren, und konstatiert, daß das Erbe von den Genossen nicht nur leere Höflichkeitserformel, sondern das Werkbild war, im Sinne Bebel's zu wirken, bis die letzte Schranke gefallen ist. (Stürmischer Beifall.) Nach Bebel's Tode haben die Gegner die Hoffnung geäußert auf Spaltung der Partei. Diese Hoffnung ist so alt wie die Existenz der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall.) Bebel's persönliches Eigentum war vor allem sein warmes Herz für Kollektivende, seine Begeisterung für Befreiung Unterdrückter, sein Haß gegen das Unrecht, seine gemaltige Verehrtheit. Da aber Not, Mangel, Unterdrückung in aller Schärfe fortdauern, sind auch noch weiter die Voraussetzungen für Zusammenziehung des Proletariats in Einigkeit gegeben, weil die Triebkräfte unseres Kampfes nicht befeitigt sind, darum dauert der Kampf fort. Es gibt keinen in unserer Reihen, der nicht die Einigkeit des Proletariats für die erste Vorbedingung des Sieges hält. Das abgelaufene Jahr war angefüllt mit schweren Verbrechen an der Menschheit: Massenmord auf dem Vulkan, verurteilte Länderstrafen, hunderttausend Menschenleben vernichtet. Die Wirren brachten Europa an den Rand eines Krieges. Die Kriegsgelahr kann nun gemindert werden durch stärkere Betonung internationaler Solidarität des Proletariats. Aber nicht nur militärische Politik, sondern auch eine drohende Krise stellt und große Aufgaben. Die Kapitalisten nützen Krisen aus, um die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken. In Krisenperioden treten auch die Mängel der sozialen Sozialpolitik zutage. Unentgeltlich ist das Stadium der Entwicklung Krisenfortschritte macht. Die nächste Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die sozialpolitische Bewegung von neuem in Fluß zu bringen. In der Hoffnung, daß dieser Parteitag alle diese Aktionen vorbereiten, den Kampf wappnen und für die Agitation Material liefern wird, erklärte ich ihn für eröffnet. (Stürmischer Beifall.)

Lipinski-Leipzig schließt namens des Parteiaususses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes als Vortragsredner über und Bebel's Getha vor. Er teilt mit, daß Bebel's Finden ein besseres geworden sei. (Wraus.) Der Wunsch des gesamten Parteitag auf recht baldige Genesung wird Paas telegraphisch übermittelt. Die Mitteilung, daß Gerich wieder gesund und anwesend ist, wird beifällig aufgenommen. Der Redner begrüßt sodann den internationalen Sekretär Duhmann sowie Wernerstorfer und Bolte für Österreich, Buchinger für Ungarn, Keir Hardb für England, Anseele und Banderfassen für Belgien, Troelstra für Holland, Die Olian für Norwegen, Watte für die Schweiz, Belusa für Portugal und einen Vertreter der russischen Partei. — Wernerstorfer (mit Beifall begrüßt) beklagt den Verlust Bebel's, dessen besondere Bedeutung gewesen zu sein sich die Oesterreicher einbildeten. Die Verantwortlichkeit unseres verehrten ausgezeichneten Viktor Adler hat auf Bebel stark eingewirkt. Adler kann leider krankheitshalber nicht hier sein. Die Behauptung, daß die Oesterreicher Opportunisten seien, weist Redner zurück. Die Führerschaft Adlers bürge dafür, daß das nicht der Fall sei.

Keir Hardb, von Front überfetzt, überbringt die Grüße von zwei Millionen englischer Gewerkschafter und 80 000 englischer Sozialisten. Auch er betrauert Bebel's Tod und schildert die schönen Fortschritte der englischen Arbeiterbewegung, die scharfe Kämpfe gegen Klüftungen und Kriegsberege führt.

Troelstra, Holland, mit Beifall begrüßt, anerkennt die hohe Bedeutung der Weiterentwicklung der deutschen Sozialdemokratie für die ganze Internationale und hebt den widerständigen Zustand hervor, daß die stärkste deutsche Partei nicht den gebührenden Einfluß im Staate hat. Es ist hier eine unerhörte Demmung sozialistischer Kräfte. Der Friedenswille zwischen der mächtigsten Partei und dem